

die Dauer unerträglich und muß einer schließlichen Lösung entgegenstreben.

Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb eine politische Pflicht erfüllt, als sie alle Parteien des Reichstags zur Stellungnahme zum Hauptproblem der gegenwärtigen inneren Politik Deutschlands wiederum aufrief.

Schon der äußere Verlauf der Reichstags-Sitzung vom Mittwoch zeigt mit unübersehbarer Eindringlichkeit, wo die einzig ernsthaften Verfechter des Volkrechts und des politischen Fortschritts zu finden sind. Fast die gesamte Sitzung wurde ausgefüllt nur von sozialdemokratischen Rednern, denen einige Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und ein polnischer Redner ein wenig zur Seite traten.

Die Redner der Sozialdemokratie haben die ihnen gewordenen Aufgabe mit Eifer und Geschick durchgeführt. Genosse Wels-Perlin, Vertreter von Kalau-Ludau, der zum ersten Male im Reichstage das Wort nahm, hat unserem Vortrage eine vorzügliche Begründung gegeben.

Genosse Karl Liebknecht ergänzte später den ersten Redner, er gerichte die samojen Kompetenzbedenken der Spahn und Passermann, er zeigte die kluge und verräterische Haltung der Mittelparteien im preussischen Landtag.

In der Abstimmung erhoben sich für den grundlegenden Abzug des sozialdemokratischen Antrages die Fortschrittler und Polen mit der sozialdemokratischen Fraktion.

Deutsches Reich.

Kaiser und Kanzler.

Wilhelm II. scheint dieses Jahr wieder sehr zum Reden aufgelegt zu sein. Nachdem er erst vor kurzem in Königsberg und in der Berliner Universität Reden gehalten hatte, erschien er gestern in einer Sitzung des jetzt tagenden Landwirtschaftsrats und hielt dort einen Vortrag über die Erfolge, die er im Roggenbau und bei der Jagd von Zebubullen auf seinem Gut Radminen erzielt habe.

Auf Grund meiner kleinen Erfahrungen — es ist ja immerhin nur ein kleiner Besitz und eine kurze Zeit — bin ich also durchaus in der Lage, den ersten Satz des Herrn v. Schöner, daß es außer Zweifel steht, daß Deutschland nicht nur jetzt, sondern auch für die Zukunft den Nahrungsmittelbedarf seines Volkes decken kann, unbedingt zu unterstützen.

Es ist kein Wunder, daß die im Landwirtschaftsrat versammelten Agrarier die Rede Wilhelm's mit großem Jubel aufnahmen. Sahen sie doch in den Worten des Kaisers ein Bekenntnis zu ihrer geliebten Schutzpolitik.

Es hätte natürlich niemand etwas dagegen, wenn die Produktion der deutschen Landwirtschaft so vergrößert würde, daß sie den Nahrungsbedarf des deutschen Volkes deckt. Auch die Sozialdemokratie hat oft genug erklärt, daß sie gern bereit ist, bedeutende Mittel zur Förderung der Landwirtschaft zu bewilligen.

Wie der Herr, so's Geschert! Nachdem am Tage Wilhelm II. die Herren Agrarier mit einer Rede beglückt hatte, kam am Abend bei Wein und Praten sein oberster Handlanger, der Herr von Bethmann, und ließ eine Rede vom Stapel.

Meine Herren! In dem Jahre, das wir begonnen haben, wird es kein Fest und keine Feier geben, in die nicht die Pandemien-Gemüternen hindereiterten. Lassen Sie uns als Volke davon den Sperrhut festhalten, der 1813 unsere Wälder erfüllte.

Was muß es dem Herrn v. Bethmann lassen, er ist ein gewissenhafter Mann. Vorichtig legt er zu seinen Äußerungen über den Willen des Volkes hinzu, „wenn ich es recht verstehe“.

Hertling redet dem Zentrum zu.

Die Bayerische Staatszeitung, das junge, aber schon so viel besprochene Organ des Ministeriums Hertling, läßt es sich angelegen sein, für die — amtlich doch noch gar nicht bekannte Wählerreform Stimmung zu machen.

Die Bayerische Staatszeitung würde sich wohl nicht so sehr erheben, wenn sie nicht gerade die Partei auf so bedenklichen Wegen wandeln sähe, die ihrem Herzen am nächsten liegt.

Wir können der Bayerischen Staatszeitung das Recht, und wenn man will auch die Pflicht nicht bestreiten, für die neue Gesetzesvorlage einzutreten. Andererseits aber müssen in solchen Organen die betreffenden Artikel naturgemäß so gehalten sein, daß sie über allgemeine Gesichtspunkte und allgemeine Wendungen, die eben wegen ihrer Allgemeinheit mißverständlich oder wenigstens mißverständlich ausgelegt werden, nicht hinauskommen.

Deutlicher kann die Staatszeitung nun nicht wohl sagen, daß sie das Zentrum meint, und der Augsburger Postzeitung sind die Hertling'schen Hinweise in Wirklichkeit auch nicht so mißverständlich, sondern im Gegenteil nur gar zu verständlich.

Ein Schritt auf dem Wege zur Einheitschule.

Seit einigen Jahren ist in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. eine Redezeit gegen die Vorschulen vorhanden. Sie mußte, wollte sie es nicht nur immer mit Verweigerungen vor der Einheitschule bescheiden lassen, endlich auch einmal mit der Errichtung neuer Vorschulen aufhören.

Einheitschule durch die Einheitschule Sturm gelaufen werden sollte. Damit wurde es aber nichts, die Versammlung wurde nicht mehr eine Kundgebung für die Einheitschule.

Am Dienstag kam die Angelegenheit im Plenum der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung. Die Mehrheit der Versammlung hatte inzwischen so weit nachgegeben, daß sie die erforderliche Zahl der Vorschulen für Vorschulen an der Mittelschule für dieses Jahr noch als Provisorium bewilligte.

Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschloß, den Magistrat zu ersuchen, von Ostern 1914 an die bestehenden Vorschulen schrittweise abzubauen und die Volksschule so auszugestalten, daß ihre Zöglinge nach dreijähriger Schulzeit zum Eintritt in die höhere Schule befähigt werden.

Angst vor dem Schiefbruch. Ein Teil der Mitglieder des Reichstags war offenbar überzeugt, daß der Abgeordnete Cerlet aus Freiburg vor Beginn der Sitzung die Erklärung wiederholte, welche er am Tage vorher bereits einmal abgegeben hatte.

Fränkische Bauernschaft. Aus Nordhessen, wo sich schon so manche Tat preussischer Individualität abgepielt hat, kommt die Nachricht von einer aufsehenerregenden Ausweisung.

Ausland.

Belgien.

Am Vorabend des Generalstreiks. Brüssel, 12. Februar. In einer gemeinsamen Sitzung nahmen der sozialistische Parteivorstand, die Gewerkschaftskommission und der Vorstand des Genossenschaftsverbandes folgenden Beschluß an:

Die Sitzung spricht die Einverständnis aus mit der Haltung der sozialistischen Kammerfraktion, die im Laufe der Verhandlungen über die Verfassungsrevision alles getan hat, was in ihrer Macht liegt, um eine beschleunigte Lösung zu ermöglichen.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Das Komitee, das den Generalstreik vorbereitet hat, erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es die Gründe ausführt, weshalb die Arbeiter während des Generalstreiks zu proklamieren.

Brüssel, 12. Februar. Das Komitee, das den Generalstreik vorbereitet hat, erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es die Gründe ausführt, weshalb die Arbeiter während des Generalstreiks zu proklamieren.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschloffen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen nach den Osterferien.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.